

Idsteiner Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:
Die kleine Zeile 25 Pfg.
Reklamezeile 50 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:

Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Bezugspreis

monatlich 60 Pfg. mit Bringerlohn.

Durch die Post bezogen:

— vierteljährlich 1 Mark 80 Pfg. —

— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 30.

Donnerstag, den 13. März

1919.

Politisches.

Gerüchte.

Köln, 7. März. Wie die „Köln. Volksztg.“ aus Weimar meldet, ist die auch von uns gebrachte Meldung des „Düsseldorfer Tgl.“, soweit darin von einer Regierungskrise gesprochen wird, vollständig unrichtig. Eine Regierungskrise besteht nicht. Natürlich kann in der gegenwärtigen Lage niemand unbedingte Gewähr dafür übernehmen, daß der gegenwärtigen Koalitionsregierung nicht gewisse Gefahren erwachsen werden. Es mag nicht immer leicht sein, die Meinungen der Mitglieder eines Koalitionskabinetts auf einer mittleren Linie zu vereinigen. Aber von etwaigen vorübergehenden Differenzen bis zu einer Krisis ist doch noch ein weiter Schritt.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Paris, 7. März. (Havas.) Diplomatischer Situationsbericht: Die Sitzung des Obersten Kriegsrates vom Donnerstag nachmittag hat in Konferenzkreisen einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen. Lloyd George, der ihr beiwohnte, drang besonders darauf, daß die Alliierten Deutschland gegenüber klar, fest und schnell handeln sollten. Er legte dar, daß der Waffenstillstand nicht nur militärische, sondern auch politische Folgen habe, für die die Leiter der Regierungen verantwortlich seien. Er verlangte weiter eine Verschärfung der von den militärischen Sachverständigen ausgearbeiteten Bedingungen, besonders der von Deutschland zu haltenden Truppenbestände. Die Besprechung der militärischen Bedingungen wurde deshalb auf Freitag vertagt. Die maritimen Bedingungen des Waffenstillstandes sind angenommen, aber die Frage des Schicksals der deutschen Flotte und ihrer Verteilung der Alliierten ist verschoben worden. Die Sitzung zeigt das vollkommene Einvernehmen der Alliierten betr. der Entwaffnung Deutschlands.

Unterbrechung der wirtschaftlichen Verhandlungen in Spa.

Köln, 7. März. Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, hat der englische Admiral Hooge bei den Verhandlungen in Spa über den Abschluß eines

Lebensmittelabkommens in Verbindung mit dem Finanz- und Wirtschaftsabkommens erklärt, daß für eine Lieferung von 270 000 Tonnen Lebensmittel die deutsche Handelsflotte zur Verfügung gestellt werden müsse, während die deutsche Auffassung dahin geht, daß dafür die Gesamtversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zugesagt werden müsse; dafür seien 2½ Millionen Tonnen Lebensmittel erforderlich. Der englische Vertreter hat laut „Köln. Ztg.“ erklärt, daß er nicht in der Lage sei, diesen Forderungen zuzustimmen. Infolgedessen hat der Unterstaatssekretär v. Braun nach nochmaliger Anfrage bei der Regierung seinen Standpunkt aufrecht erhalten.

Weimar, 7. März. Unsere Vertreter bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Spa sind gestern hier eingetroffen. Sie werden über die Lage Bericht erstatten und werden dann mit dem Minister Erzberger nach Berlin fahren. Die gegnerische Delegation ist nach Paris gereist, um sich neue Instruktionen zu holen. Wann die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, steht noch dahin.

Zum Abbruch der Verhandlungen in Spa.

Haag, 7. März. Die Einstellung der Besprechungen in Spa wird voraussichtlich keine Verschiebung der Arbeiten der Konferenz veranlassen, da man allgemein die dringende Notwendigkeit einer sofortigen Regelung der Lebensmittelversorgung Deutschlands anerkennt.

Paris, 7. März. (Reuter.) Man erwartet, daß die Bedingungen für den Präliminarfrieden am 22. März zur Vorlage für die Deutschen bereit sein und kurz darauf von Deutschland unterzeichnet werden.

Die deutschen Unterhändler.

Basel, 7. März. Nach einem Londoner Havasbericht der „Daily Mail“ werden die deutschen Unterhändler zum 20. März nach Versailles kommen können. Der Präliminarfriede werde dann Anfang April unterzeichnet werden.

Die Gefahr aus dem Osten.

Zürich, 7. März. Der „Temps“ meldet: In einem offiziellen Kommuniqué hat die bolschewistische Regierung die allgemeine Mobilisation angeordnet und alle Soldaten bis zum 47. Lebens-

jahr und die Offiziere bis zum 55 Lebensjahr unter die Fahnen gerufen. Aus Libau, Mitau und anderen Städten wird gemeldet, daß bürgerliche Elemente gezwungen werden, während zehn Stunden am Tage öffentlich zu arbeiten, daß man ihnen alle Kleider, Schuhe und Wäsche abnimmt und ihnen das nur unbedingt Notwendige läßt.

General v. Lettow-Vorbeck.

Kolberg, 7. März. General v. Lettow-Vorbeck ist gestern im Großen Hauptquartier bei Hindenburg eingetroffen.

Die Nationalversammlung.

(22. Sitzung.)

Weimar, 7. März.

Am Regierungstisch: Scheidemann, Landsberg, Wissell, Bell, Giesberts und andere.

Zu den Interpellationen über Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes erklärt Reichsministerpräsident Scheidemann: Die Regierung ist bereit, diese Interpellationen am Montag zu beantworten.

Es folgt die erste Beratung der Entwürfe eines Sozialisierungsgesetzes und eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Reichsminister Wissell: Wilde Zudungen überfliegen unsern Volkstörper, Fiebersehauern schütteln ihn überall! Unser Land ist krank. Es geht dem ganzen Volke so, wie es dem einzelnen nach zu großer Ueberspannung der Kräfte geht. Dann kommt die Zeit der Erschlaffung, der Abspannung. Dann ist der Kranke ungeduldig, reizbar, zu steter Opposition bereit, er beharrt auf unbegründetem Widerspruch. Unser Volk leidet an verausgabter Kraft, an Unterernährung, an Reizbarkeit und daraus entspringender Unbuddsamkeit, an Mißtrauen und daraus folgender Schwarzseherei. Man darf das Volk deshalb nicht schelten. Auch die Regierung wird hart sein müssen, wenn es gilt, unerfüllbaren Wünschen entgegenzutreten. Der Gedanke, daß das Gesamtinteresse entscheiden muß, ist in unzählige Gehirne gedrungen, und nun will ihn auch das Volk in der Gestalt des Wirtschaftslebens durchgeführt sehen. Schon broht die Anarchie, die zu Tod und Untergang führt. In dieser Wirrnis hält es die Reichsregierung einmütig für ihre

war eben aufgegangen, sie sah unverwandt in die glänzende Scheibe. Plötzlich streckte sie die Arme aus und rief: „Mond, du bist glücklicher als ich!“ — Da mußte ihr irgend etwas meine Gegenwart verraten haben, denn sie wandte sich jäh um und warf mir einen so traurigen Blick zu, daß ich erschrak. Aber Papa, weißt Du, wie es weiter heißt? Ich will es Dir sagen: „Mond, Du bist glücklicher als ich, du siehst ihn und ich sehe ihn nicht!“ Und ich bin überzeugt, daß Maria an eine bestimmte Person dabei gedacht hat! Ich hörte, wie sie das Wort „Trottel“ murmelte. Es war ihr unangenehm, daß ich sie belauscht hatte!“

Meister Engelmann lächelte über den gutmütigen Schwächer.

„Du mußt etwas schärfer auftreten“, sagte er, dem zukünftigen Schwiegerohn auf die Schulter klopfend. „Du läßt Dir zu viel gefallen. Maria soll ihren Herrn und Meister spüren, man darf nicht allzu nachgiebig sein. Werde einmal ordentlich grob, damit sie sieht, daß sie sich nicht alles erlauben darf. Du schwachtest sie zu viel an, das ist nicht gut. Ich sage Dir, solche Mädchen müssen ein wenig den Herrn spüren, immer nachgeben ist schädlich. Du darfst es ihr nicht so oft sagen, daß Du sie so lieb hast.“

Er zuckte die Achseln.

„Damit sie sich erst recht von mir wendet. Sie muß eben erst lernen, mich zu lieben.“

(Fortsetzung folgt.)

Das kleine Paradies.

Roman von Irene v. Hellmuth.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

XI.

So schwer hatte Maria es sich nicht gedacht, die Braut Felix Ebbhardts zu sein.

Er war rein außer Freude, als Meister Engelmann ihm am nächsten Tage die frohe Botschaft mitteilte, daß Maria eingewilligt habe und daß sie ihm ihr Jawort geben wolle.

„Ja, ist es denn möglich, ist es denn Wahrheit?“ rief er ein über das andere Mal, als er vor Maria stand und ihre Hände in den seinigen hielt, das beseligende „Ja“ von ihren Lippen küssen wollte. Sie machte eine halb abwehrende Bewegung, so daß der Kuß nur ihre Stirn streifte.

Es wurde ihr geradezu zur Qual, seine Liebeslungen zu dulden; erwidern konnte sie dieselben nicht. Er bemerkte das vorher gar nicht in seinem seligen Glücksrausch.

Oft bat er das Mädchen: „Maria, nur einmal, ein einziges Mal gib mir einen Kuß!“

Sie schüttelte nur immer wieder den Kopf und sagte leise: „Du mußt mir Zeit lassen — mußt Geduld mit mir haben, Du wußtest es doch, daß ich mich nicht so schnell in die veränderte Lage finden kann.“

Dann lächelte er und tröstete sich: „Nun, es wird wohl noch kommen; vorerst ist es genug, daß Du endlich eingewilligt hast, meine Frau zu werden!“

Wenn er sich klagend wegen Marias kühler Zurückhaltung an Vater Engelmann wandte, so tröstete dieser den verliebten jungen Mann gutmütig: „Schau, genau so war es mit meiner Frau. Sie wollte mich zuerst gar nicht, aber sie ist nach und nach doch ein ganz gutes Weib geworden. Und bei ihr lagen die Sachen noch ganz anders. Sie liebte einen, den sie vergessen wollte und doch nicht vergessen konnte. Das hast Du bei Maria nicht zu fürchten. Sie hat noch nie einen Mann lieb gehabt, darum wirst Du leichter ihr Herz erobern.“

Felix Ebbhardt entgegnete ernst: „Manchmal kommt es mir doch vor, als ob Maria sich nach irgend etwas sehnte, an irgend etwas Bestimmtes dachte. Sie schaut oft so traumverloren in die Ferne, so, als wartete sie auf etwas, das kommen müsse. In solchen Augenblicken vergißt sie ganz, daß ich neben ihr sitze, und wenn ich dann leise und zärtlich ihre Hand fasse, schrickt sie zusammen. Mir kommt es dann immer vor, als habe sie mit ihren Gedanken ganz wo anders gewohnt. Frage ich sie aber nach dem Grund ihres seltsamen Wesens, so schüttelt sie den Kopf und antwortet nicht. Will ich den Arm um ihren Hals schlingen, wozu ich doch wahrhaftig als Bräutigam ein Recht habe, dann weicht sie mir aus und entzieht sich mir ganz. Ich wage kaum noch, ihre Hand zu drücken. Ein anderer würde sich wahrscheinlich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen. Weißt Du, Papa, gestern hat sie mich ordentlich bange gemacht. Sie stand dort brunten im Garten unter den Erlen. Ich schlich mich ganz leise heran, sie bemerkte mich nicht. Der Mond

Pflicht, durch die Gesetzgebung dem sozialistischen Streben ein legales Feld der Betätigung zu eröffnen. Aber die neue Zeit kann nicht nur Freiheit bringen, sie muß auch Pflichten auferlegen. Dem entspricht das Recht auf Arbeit und die Pflicht der Gesamtheit, arbeitswilligen Arbeitslosen den notwendigen Unterhalt zu gewähren. Dem Gesetz über die Kohlenwirtschaft wird unmittelbar eines über die Kaliwirtschaft folgen. Zur gesetzlichen Regelung reif ist die Kohlenwirtschaft. Als Sachverwalter der Allgemeinheit werden die unmittelbar beteiligten Kreise zur Verwaltung herangezogen. Finanzpolitisch muß man möglichst hohe Einnahmen des Reiches aus der Kohlenwirtschaft erstreben. Das Reich wird sich nicht scheuen, in die sogenannten wohlerworbenen Rechte oder in die privaten Bergregale einzugreifen. In der Kohlerei und der Eisen- und Stahlindustrie, die mit den Zechen eng verbunden sind, sind überstürzte staatliche Eingriffe zu vermeiden, da sie zu Mißerfolgen führen könnten. Die Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt ist die möglichste Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Die neue Organisation wird den Aufstieg der Tüchtigsten fördern. Sie werden Wunder erleben, welche Energien Sie zum Wohle unserer wirtschaftlichen Zukunft freimachen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hue (Soz.): Von einer sogenannten Verstaatlichung der Kohlenwirtschaft ist abzusehen, um die Schäden der Bürokratisierung zu vermeiden. Die wilde Sozialisierung in einzelnen Betrieben ist das Gegenteil vom Sozialismus. Betriebs- und Zechenräte zur Kontrolle des ganzen Produktionsprozesses halten wir für durchaus notwendig. Eine Kommissionsberatung halten wir nicht für erforderlich. Das Privatinteresse muß sich dem Gemeininteresse beugen.

Abg. Dr. Brauns (Zentr.): Die private Gewinnucht hat im Kriege wahre Orgien gefeiert. Als Gegenströmung gegen diesen Geist des Mammonismus ist eine gewisse Sozialisierung durchaus berechtigt. Die Sozialisierung bedeutet für die Arbeiter nicht bloß eine Geldfrage, sondern der Mensch will als solcher beachtet werden im Produktionsprozeß. Sofern die Gesetzentwürfe diese Gedanken zur Geltung bringen, stimmen wir ihm zu. Dem an zweiter Stelle stehenden Gesetz fehlt der praktische Nachdruck. Die Erfahrungen der Kriegswirtschaft ermutigen nicht dazu, alles in den großen Topf der Reichszunft zu werfen. Die Annahme des Sozialisierungsgesetzes wird als eine Tat in der Kulturgeschichte der Menschheit verzeichnet werden.

Abg. Kempkes (Deutschnat.): Wir können uns von der Sozialisierung für die Produktion wie für die Arbeiter wesentliche Vorteile nicht versprechen. Unsere Bedenken erhöhen sich dadurch, daß die Sozialisierung gerade in der jetzigen Zeit gemacht wird. Mit dem Gesetz wird der erste Schritt auf einer Bahn getan, von der wir nicht wissen, wohin sie führt. Die Regierung scheint gewisse Rücksichten nehmen zu wollen vor den anstürmenden Massen draußen. Das Gesetz ist eine Kapitulation der Regierung.

Wirtschaftsminister Wiffell: Die Regierung hat dieses Gesetz aus eigenem Antrieb eingebracht. Unbegründeten und unerfüllbaren Forderungen wird mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Abg. Dr. Dernburg (Demokrat): Das Rückgrat unserer Regierung hat die Privatinitiative und die Privatwirtschaft zu bilden. Sozialisiert können nur die hierzu geeigneten Unternehmungen werden. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir gegen den Entwurf schwere Bedenken. Von der Mitarbeit der Arbeiter in den Selbstverwaltungskörpern erwarten wir sehr Gutes.

(23. Sitzung.)

Weimar, 8. März.

In Fortsetzung der Beratung des Sozialisierungsgesetzes und über die Regelung der Kohlenwirtschaft führte

Abg. Henke (U. S.) u. a. aus: Die breiten Massen der Arbeiter erwarten mit vollem Recht von der Sozialisierung eine Verbesserung ihrer Lebenslage. Nach der Ansicht meiner Parteifreunde kann die Sozialisierungsfrage nur auf dem Wege des schärfsten Klassenkampfes gelöst werden. Die Arbeiter sind durch den Krieg und dessen Begleiterscheinungen aus ihrem seelischen Gleichgewicht gekommen. Ihre Angehörigen in ihren Forderungen sollte man zu verstehen suchen, statt sie einfach zu verurteilen und zu dem Satz zu kommen: „Gewalt gegen Gewalt“. Auch meine Parteifreunde erkennen ohne weiteres an, daß die Schwierigkeiten gerade gegenwärtig groß sind. Gewiß bestehen Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die ausländische Konkurrenz. Die Sozialisierung wird kein Hindernisgrund für den internationalen Handel sein. Wir stehen der Sozialisierung ruhig und nüchtern gegenüber. Die Schwierigkeiten sind groß, man muß deshalb die möglichste Sorgfalt walten lassen, die aber in der Regierungsvorlage zu weit geht.

Abg. Hugenberg (Deutschnat.): Meine Partei wird mit jeder Sozialisierung einverstanden sein, für die überwiegende Gründe des Gemeinwohles

sprechen. Man kann aber nicht so sozialisieren, wie die beiden so entsetzlich oberflächlichen Gesetzentwürfe es wollen. Der sogenannte Selbstverwaltungskörper, auf deutsch Kriegsgesellschaft, wird in der Praxis noch viel schlimmer sein als die Verstaatlichung. Das deutsche Volk muß wirtschaftlich wieder ehrlich werden. Ohne freie Wirtschaft gibt es aber keine Ehrlichkeit. Die in dem Gesetz vorgesehene Aufsicht des Reichs bedeutet weiter nichts, als daß der Zechenbesitz auf Umwegen ohne Entschädigung aus seinem Privatrecht herausgeholt wird. Das ist die Verwirklichung des Kommunismus. Wird dieser Weg beschritten, so würde unsere Volkswirtschaft zugrunde gerichtet werden und alle werden später weinen. Die Gemeinwirtschaft als eine Zwangswirtschaft wird sich bei jedem Kohlenverbraucher im Lande bemerkbar machen. Bei dieser Regierungsvorlage wird unter Zustimmung der bürgerlichen Regierungsmitglieder das Ideal der entschädigungslosen Sozialisierung aufgegeben. Einem augenblicklichen politischen Zwecke zuliebe wird im Handumdrehen die Zukunft Deutschlands aufs Spiel gesetzt. Durch Nachgiebigkeit will man dem Bolschewismus einen Damm entgegensetzen. Das Gegenteil wird eintreten. Wir stellen den Antrag, beide Vorlagen einem Ausschuss zu überweisen. Unsere Bitte, die Vorlagen unter den gegenwärtigen Verhältnissen zurückzuziehen, hat leider keine Aussicht auf Erfüllung.

Ministerpräsident Scheidemann tritt mit Entschiedenheit der Behauptung des Abg. Hugenberg entgegen, daß das Sozialisierungsgesetz unter dem Druck der Berliner Vorgänge entstanden sei. Er macht seiner starken Erregung Luft, indem er die Schwerindustriellen als die Schuldigen am Kriege bezeichnet. Was durch dieses Gesetz geschehe, sei ein wohlbedachter Plan, durch dessen Ausführung die deutsche Republik ein Vorbild der ganzen Welt werde.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Die Kapitalisten sind in manchen Betrieben ganz überflüssig geworden. Kein Mensch denkt in Deutschland daran, nach bolschewistischem Muster den Kapitalismus einfach zu zerstören. Die Sozialisierung in der vorgeschlagenen Form wird uns aus dem wirtschaftlichen Chaos herausbringen.

Abg. Imbusch (Ztr.): Mancher staunt heute über das Verlangen der breiten Massen nach Sozialisierung. Er würde nicht staunen, wenn er sich mehr in die Gefühle der breiten Volksmassen hineinversetzen könnte. Trotz der technischen Entwicklung war noch unsere wirtschaftliche Ordnung nicht vollkommen und das schlimmste war, der Arbeiter wurde bisher nicht als gleichberechtigt angesehen, er kam nicht als Mensch zur Geltung, sondern nur als Arbeitskraft, aber wir leben doch nicht, um zu produzieren, sondern wir produzieren, um zu leben. Die Prophezeiungen von einem bevorstehenden Untergang sind nicht so tragisch zu nehmen. Gleiche Prophezeiungen in früheren Zeiten sind nicht in Erfüllung gegangen. Den Hauptwert legen wir auf eine Sozialisierung der Gewinne.

Nachmittagsitzung.

Abg. Wallbaum (Deutschnat.): Wenn die Regierung glaubt, durch diese Vorlagen die revolutionären Gemüter beruhigt zu haben, so ist sie im Irrtum. Wir lehnen die Sozialisierung nicht grundsätzlich ab. Die Preispolitik des Kohlenyndikats hat zu einer enormen Belastung des Volkes geführt. Wäre man in der Schwerindustrie früher zu der Erkenntnis gekommen, den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen, wäre manches in den letzten Monaten unterblieben. Bei dem Mangel an Pflicht- und Verantwortungsgefühl in den Massen ist die Sozialisierung ein gewagtes Experiment.

Reichsminister Giesberts: Das Kabinett ist in der Frage der Sozialisierung vollkommen eins. Die Vorlagen sind kein Zugeständnis an den Geist der neuen Zeit. Wir stehen noch mitten drin in der sozialen Revolution. Wer sich ihr widersetzt, der treibt uns in die Anarchie und das Chaos hinein. Eingriffe in das Eigentum werden kommen, und sie sind auch notwendig, denn die schrankenlose Eigentumsentwicklung, die wir vor dem Kriege gehabt haben, dieser überspannte Eigentumsbegriff ist nicht zuletzt die Ursache der sozialen Uebel, unter denen wir zu leiden haben. Was die Sozialisierung auch im schlimmsten Falle bringen könnte, würde bei weitem nicht so schlimm sein, als das, was durch das Kohlenyndikat den Verbrauchern zugemutet worden ist.

Abg. Köhnen (U. S.): Was jetzt geschieht, steht durchaus nicht im Einklang mit dem, was wir unter Sozialismus verstehen. Wenn Sie aus dem Chaos herauswollen, kommen Sie um das Rätesystem nicht herum.

Reichsminister Wiffell: Herr Hugenberg nennt die Sozialisierung eine Zwangswirtschaft, aber einen größeren Zwang als im Kohlenyndikat wird es in der Sozialisierung nicht geben. Wir sollen keineswegs die Kriegswirtschaft mit ihren Fehlern und ihrer Bürokratie verewigen. Wir wollen nicht die deutsche Industrie und das deutsche Gewerbe sozusagen zu einer riesigen, alles auffaugenden Aktiengesellschaft machen, sondern wir wollen schaffende Menschen der wirtschaft-

lichen Betätigung zusammenfassen in einheitlicher Selbstverwaltung.

Abg. Stresemann (Deutschnat.): Die Syndikate lähmen die Freiheit der Initiative noch mehr als Staatsbetriebe. Die Kohle, unser wichtigster Exportartikel, muß in den Beziehungen zum Ausland der Privatinitiative erhalten bleiben. Die Anteilnahme des Staates an der Gesamtwirtschaft kann auch durch eine Steuergesetzgebung erfolgen. Wenn man aber durch eine übertriebene Kontrolle dem Einzelnen die Arbeit in Deutschland verleidet, dann entsteht die Gefahr, daß auch führende Kräfte unserer Industrie ins Ausland gehen.

Abg. Erlenz (Demokrat): Wir wollen keine wahllose Sozialisierung. Wir machen einen scharfen Schnitt zwischen den sogenannten natürlichen Monopolen und allen übrigen Industriezweigen. Mit großer Freude begrüßen wir die Ankündigung eines Arbeiterrechtes.

Nächste Sitzung Montag. Ernährungsinterpellation.

Ein Rückblick auf die Tätigkeit der Nationalversammlung.

Berlin, 6. März. Die Nationalversammlung ist am 6. Februar zusammengetreten. Um die demokratischen Errungenschaften zu sichern, hat sie sofort die Notverfassung beschlossen und die erste Beratung der endgültigen Verfassung begonnen, die jetzt abgeschlossen ist. Das waren die dringlichsten zu erledigenden Arbeiten, die vorgenommen werden mußten, wenn das Reich eine Vertretung schaffen sollte, ohne die keine Friede geschlossen werden kann. Innerhalb der Zeit weniger Wochen hat die Nationalversammlung außerdem das Regierungsprogramm beraten, das mit großer Mehrheit gutgeheißen worden ist. Vor allem aber wurde das Übergangsgesetz, das keinerlei Aufschub vertrug, geschaffen, durch welches die außerordentlich zahlreichen Verordnungen der Revolutionszeit dauernde Gesetzeskraft erhalten, so vor allem der Achttundentag, die Sicherung des Koalitionsrechts, der Versammlungs- und Pressefreiheit, das Siedelungsgesetz, die Schaffung von Arbeiterkammern im Kohlenrevier, die wesentliche Verbesserung der Kriegsbeschädigtenfürsorge und andere in der wirtschaftlichen Demokratie unentbehrlichen Gesetze. Alle diese Gesetzesmaßnahmen waren zugleich die unbedingte Voraussetzung für die nun eingeleitete Sozialisierung. Dazu kamen zahlreiche Debatten über die Waffenstillstandsbedingungen und am 2. März zwei Gesetze über die Sozialisierung, die von Regierung und Staatenausschuß bereits fertiggestellt und der Nationalversammlung vorgelegt worden sind. Mehr Arbeit kann von einem Parlament innerhalb so kurzer Zeit vielleicht verlangt, aber kaum geleistet werden. Daß es der Regierung ernst war, und ernst ist mit der Sozialisierung solcher Betriebe, welche zur Sozialisierung reif und geeignet sind, beweisen die bereits erwähnten Sozialisierungsgesetze.

Aus nah und fern.

Idstein, den 12. März 1919.

— **Holzpreise.** Bei der am Montag im städt. Waldbdistrikt Schindlaut abgehaltenen Holzversteigerung wurden folgende Durchschnittspreise erzielt: Eichen Knüppel 52.24 M, eichen Reiser 1. Kl. 23.68 M, buchen Scheit 106.80 M, buchen Knüppel 84.56 M, Nadelholzknüppel 41.32 M die Klafter, buchen Wellen 24.25 M das Hundert.

— **Besitzwechsel.** Herr Bauunternehmer Wilhelm Werner verkaufte das seither von Herrn Amtsgerichtsrat Sadernmann bewohnte Wohnhaus in der Bahnhofstraße an diesen für 27 000 M.

— **Die preussische Landesversammlung** wird für Donnerstag, 13. März, nach Berlin einberufen.

— **Brotgetreidelieferung.** Ein landrätliches Ausschreiben sagt: Das Brotgetreide muß nunmehr schleunigst an die Dampfwalzenmühle von J. Schmidt-Mainz geliefert werden. Ausgenommen sind hiervon die Gemeinden Esch, Nieder-Oberrod, Kröstel, Walsdorf, Wörsdorf und Wallrabenstein, welche an die Germania-Brauerei in Wiesbaden liefern.

— **Vor dem Frieden.** Aus Köln wird unterm 6. März geschrieben: Man hat allgemein das Gefühl, daß die kommende Woche in der Geschichte der Friedenskonferenz von größter Bedeutung sein wird. Nach der für heute erwarteten Ankunft Lloyd Georges in Paris wird eine kurze Verhandlungspause eintreten. Danach werden die Dinge aber voraussichtlich rasch ihren Lauf nehmen. Aus einer am vergangenen Samstag von Balfour gemachten Bemerkung geht klar hervor, daß nach seiner Ansicht der Friede innerhalb sieben Wochen von heute anstande kommen wird. Das Tempo wird allenthalben beschleunigt und die Gefahr, Europa in dem gegenwärtigen Zustand der Lähmung und Ungewißheit einen Tag länger als unbedingt nötig, zu lassen, wird klarer erkannt. Bis dahin möchten die Alliierten keinerlei Risiko laufen; sie werden nicht abrücken, bis ihre Bedingungen gesichert sind. Die Rheinarmee wird ihnen die Gewähr sein, daß sie beachtet werden. Das macht auch strikte Beschränkung der deutschen Wehrmacht notwendig.

Der Schleichhandel mit Vieh und Geheimschlachtungen haben im Regierungsbezirk Wiesbaden eine solche Ausdehnung angenommen, daß, wenn eine weitere Verminderung des Viehbestandes sich fortsetzt, in aller Kürze die Leistungsfähigkeit der Rindviehhaltung vollständig unterbunden wird. Es droht die Gefahr, daß auch die sorgfältigste Fleischversorgung in Frage gestellt und die Milch- und Speiseeizettversorgung unmöglich wird. Sind doch in einigen Kreisen des Regierungsbezirks nicht nachgewiesene Abgänge des Rindviehbestandes von 23 bis über 26 Prozent innerhalb Jahresfrist zu verzeichnen.

Wiesbaden, 8. März. Der Weingroßhändler Mathias Joseph Sch. und der frühere Wirt Jakob R. hatten sich in einer mehrere Tage währenden Sitzung vor dem Gericht der amerikanischen Besatzung in Koblenz zu verantworten, weil sie sich gegen die Bestimmungen über den Handel mit Spirituosen auf schwerste vergangen hatten. Sie hatten versucht, von Oppenheim eine Schiffsladung von ca. 700 Kisten Kognak nach Koblenz zu schaffen, ohne den erforderlichen Frachtbrief zu beschaffen, der den Namen des Bootes, seine Nationalität, den Namen und die Nationalität des Eigentümers, die Art der Ware, die wirklichen Empfänger und des Empfängers zeigen muß. Statt dessen hatten sie den Kognak fälschlich als Wein deklarieren, indem sie sich von dem Büro der Interalliierten Binnen-Wasserweg-Kommission einen gefälschten Frachtbrief beschaffen, welchen sie dem kontrollierenden Offizier als richtigen Frachtbrief vorzeigten, obwohl er erst beschafft wurde, nachdem die Ladung bereits verschifft worden war. Trotz ihres Leugnens wurden die Angeklagten überführt, eine Ladung Kognak im Werte von einer Million Mark verbotenerweise nach Koblenz importiert zu haben. Das Urteil lautete auf ein Jahr Zuchthaus und 250 000 M. Geldbuße, wurde jedoch durch den kommandierenden General auf die Hälfte der Freiheitsstrafe und Zahlung einer Geldstrafe von je 100 000 M. an die Vereinigten Staaten ermäßigt.

Jaßadt, 7. März. Dem Mühlenbesitzer Heinrich Schneider auf der Untermühle wurde wegen erwiesener Unzuverlässigkeit der Mühlenbetrieb auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Geisenheim, 6. März. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde Gustav Höhl als Stadtverordnetenvorsteher, Franz Weil als dessen Stellvertreter gewählt.

Bingen, 7. März. Die ersten Flöße in diesem Jahre sind hier talwärts durchgefahren. Das erste Floß fuhr im Anhang des Schraubenschleppdampfers „Capria“ und hatte eine Länge von 210 und eine Breite von 47 Metern. Das zweite Floß befand sich im Anhang des Schraubenschleppdampfers „Vorwärts“. Es hatte ebenfalls eine Länge von 210 Metern und eine Breite von 50 Metern. Beide Flöße waren nach Holland bzw. Rotterdam bestimmt.

Gau-Algesheim, 6. März. Eine böse Ueber- raschung erlebte der Landwirt Karl Wallenstein von hier, als er des Morgens seinen Viehstall betrat. Seine schönste Kuh war über Nacht spurlos verschwunden. Spitzhunden hatten das Tier aus dem Stall geholt und sofort im freien Felde kunstgerecht abgeschlachtet. Ein herbeigeholter Polizeihund nahm die Spur auf und verfolgte sie durch die Ortsstraßen hinaus nach dem Berge, wo in einer dort erbauten Schutzhütte die Schlachtstätte festgestellt wurde. Man fand dort noch die Haut, die Füße und Eingeweide des Tieres vor. Die Diebe selbst blieben unentdeckt. Am Tage vorher wurden in einer anderen Hof- raitte mehrere Enten gestohlen.

Frankfurt a. M., 6. März. In einer Ver- sammlung des Arbeiterrates wurde erklärt, die neue Stadtverordnetenversammlung sei reaktio- närer als die alte. Der Arbeiterrat habe gestern beschlossen, sich nicht aufzulösen. Die Arbeiter- räte müßten gesetzlich anerkannt werden als Organe der sozialen Verwaltung in den Betrieben und in der Industrie, sowie als Kontrollbeamte der Verwaltung und als mitwirkender Faktor im Parlament. (Rhein. Volksztg.)

Saarbrücken. Die unter dem Verdacht, in der Nacht zum 27. Januar in Ludweiler den drei- fachen Raubmord begangen zu haben, verhafteten Reinhard Willig und Fritz Laval haben vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt.

Berlin, 7. März. Die Berliner Streiks können als tatsächlich abgeschlossen betrachtet werden. Alle beteiligten Faktoren sind sich darin einig, daß nichts weiteres als ein rascher Abbruch des Streiks übrig bleibt. Auch die Faktion der Unabhängigen im Groß-Berliner Arbeiterrat hat sich unter dem Druck der Tatsachen dieser Auf- fassung angeschlossen. Die Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins hat heute unter Ab- lehnung eines sozialdemokratischen Antrags, den Streik bedingungslos abubrechen, beschlossen, daß der Streik unter folgenden vier Bedingungen beendet werden soll: keine Maßregelungen, Zu- rückziehen des Militärs aus den besetzten Be- trieben, Freilassung der wegen Streikbeteiligung Verhafteten, Zurückziehung der Freiwilligen-

truppen aus Berlin. Der „Vorwärts“ meint, es könne kein Zweifel daran bestehen, daß dieser etwas verlausulierte Beschluß den tatsächlichen Abbruch des Streiks bedeutet, und daß spätestens am Montag morgen die Arbeit überall im vollen Umfang wieder aufgenommen werden wird. Auch die Berliner Gewerkschaftskommission hat gestern beschlossen, den sofortigen Abbruch des Streiks zu empfehlen. Dieser Beschluß wurde in einer pari- tätischen stark besuchten Sitzung gegen nur fünf Stimmen angenommen. Die Sozialdemokrati- schen Arbeiter, Betriebsvertrauensleute und Funktionäre hielten heute abend eine Versamm- lung ab, in der der einstimmige Wille zum Ausdrud kam, die Arbeit überall sofort wieder aufzu- nehmen.

Berlin, 7. März. Die Matrosen in der Reichsbank sind entwaffnet worden. Durch das Eingreifen der technischen Abteilung der Garde- kavallerieschützendivision ist der Betrieb der Elektrizitätswerke sichergestellt. Beträchtliche Teile der republikanischen Soldatenwehr wurden ent- waffnet und diejenigen ihrer Depots, die sich gegen die Regierung gestellt haben, aufgelöst. Der Be- trieb der Hochbahn und der Wasserwerke ist durch die Gardekavallerieschützendivision gesichert. Der Fünferausch der republikanischen Soldaten- wehr ist aufgelöst. Lediglich ihr Kommandeur Müller, der sich hinter die Regierung gestellt hat, bleibt im Amt. Die Lage ist so, daß Berlin größtenteils, mit Ausnahme der östlichen Gegen- den, wohin sich die Spartakisten zurückgezogen haben, in der Hand der Kavallerieschützendivision und der ihr angegliederten Verbände ist. Die Regierung ist demnach völlig Herr der Lage.

Berlin, 7. März. Die Lebensmittelversorgung Berlins ist ebenfalls ins Stoden geraten. Die Streikleitung hat die Zufuhr von Kohle und Lebensmitteln zugelassen. Dies wird jedoch da- durch fast unmöglich gemacht, daß sich Kohlen und Lebensmittel in gemischten Zügen befinden. Auch Vieh ist nicht hereingekommen.

Berlin, 7. März. Im Norden Berlins kam es auch heute in der Gegend des Stettiner Bahn- hofs zu schweren Ausschreitungen. Zahlreiche Fuhrwerke mit Militärpersonen wurden von der Menge auf den Straßen angehalten, in Brand gesetzt und die Insassen schwer mißhandelt. Die Gegend wurde schließlich von herbeieilenden Re- gierungstruppen gesäubert. Das Polizeipräsidium wurde von etwa 35 Granaten getroffen. In dem Gebäude zählt man sechs Tote und Verwundete.

Berlin, 8. März. Als eines der letzten Regimenter ist jetzt in Tilsit das Dragoner- Regiment Nr. 1 (Prinz Albrecht von Preußen) eingerückt, nachdem es von der Ukraine her zu Pferde einen Marsch von etwa 2000 Kilometern zurückgelegt hat. Das Regiment, in welchem das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften vorzüglich war und demgemäß eine wirkliche Führung aufrecht erhalten blieb, hat trotz aller Schwierigkeiten den Rückmarsch in Ordnung und wohlbehalten durchgeführt, während von den deutschen Truppenteilen in der Ukraine, deren Ordnung sich auflöste und die vielfach ihre Waffen verkauften, ungezählte Leute in Tod oder Ge- fangenschaft geraten sind. Das ist auch eine Be- lehrung über die Segnungen der Revolution, die leider überaus teuer mit deutschem Blut bezahlt werden mußte.

Berlin, 8. März. In der Kommunistenver- sammlung, die im Pagenhoser Saal in der Lands- berger Allee stattfand, fielen folgende Äußerun- gen: Noch viel zu wenig Opfer seien gefallen, erst wenn es Tausende wären, würde es besser sein. Das könne ja diesmal nachgeholt werden. Es würden sich auch schon welche finden, die Ebert, Scheidemann und Noske richten.

Berlin, 7. März. In Sachen der Umgestal- tung des Kaligesehes im Sinne einer verschärften Sozialisierung des Kaliberbaues sind zunächst Sachverständige aus Syndikats-, Industrie- und Arbeiterkreisen nach Weimar berufen worden, darunter die Herren Unterstaatssekretär a. D. Dr. Richter und Generaldirektor Rahn.

Spandau, 7. März. In Spandau, das von dem Freikorps Hüllen besetzt ist, kam es in der vergangenen Nacht zu Zwischenfällen. In der Havelstraße wurden Regierungstruppen von Spartakisten mit Handgranaten beworfen. Die Häuser, von denen aus dies geschah, wurden ge- säubert. Zwei Frauen wurden getötet. Um 9 Uhr 30 Min. wurde das Rathaus, wo sich General Hüllen mit seinem Stab aufhält, von der Artilleriewerkstatt Süd aus mit Geschütz- und Maschinengewehrfeuer besetzt. Die Fabrik wurde von Regierungstruppen besetzt. Infolge der Vor- fälle macht General v. Hüllen bekannt, daß von jetzt an gegen jede Ansammlung rücksichtslos mit Waffengewalt vorgegangen wird. Die Span- dauer Pioniere, die sich als unzuverlässige Truppe in letzter Zeit gezeigt haben, wurden gezwungen, ihre Waffen abzugeben. Der Streik dauert zwar noch an, jedoch machen sich Anzeichen zur Wieder- aufnahme der Arbeit bemerkbar. So wurde in einer Munitionsfabrik mit 1200 gegen 70 Stim- men die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Das Kraftwerk steht vollständig still. Spandau ist ohne elektrisches Licht.

Weimar, 7. März. Das Ende des Erfurter Streiks steht bevor. Heute nachmittag wird der Bahnverkehr nach Weimar wieder aufgenommen. In den Privatbetrieben wird wieder gearbeitet.

Halle, 7. März. Der Generalstreik in Halle ist heute nachmittag eingestellt worden. Der Zug- verkehr über Erfurt ist seit gestern wieder im Gange. Von morgen an sollen mehr Züge ein- gestellt werden. Auch der Straßenbahnverkehr in Halle wird voraussichtlich am Samstag wieder beginnen. Es haben Hausdurchsuchungen in großem Umfange stattgefunden. Ganze Häuserblöcke wur- den umstellt und abgesucht. In der Nacht sind 34 Plünderer verhaftet, einer davon ist erschossen worden. Es fand eine mehrstündige Besprechung zwischen General Merder und den Streikführern der Unabhängigen über die Zurückziehung der Truppen statt. Der Belagerungszustand bleibt zunächst bestehen, wird aber langsam abgebaut werden. Kleinere Formationen der Landesjäger- Brigade werden so lange in der Stadt zurückge- halten werden, bis die Hauptmenge der wilden Waffen in ihren Händen ist.

Leipzig, 7. März. Der sächsische Staats- minister Schwarz, der sich zurzeit im Auftrag der sächsischen Regierung in Leipzig aufhält, um eine Beilegung des Generalstreiks herbeizuführen, hat an sämtliche Beamten in einem Aufruf die be- stimmte Aufforderung gerichtet, ihre Tätigkeit so- fort wieder aufzunehmen. Im Weigerungsfalle werde die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen im Streik verharrende Beamte vorgehen.

München, 7. März. Das Befinden des schwerverletzten Ministers Auer gibt leider zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß. Am Mitt- woch abend wurde der Patient einer kurzen Ver- nehmung durch den Staatsanwalt und den Unter- suchungsrichter unterzogen. Der Täter ist bei seinem Anschlag auf Auer offenkundig mit vollem Vorbedacht zu Werke gegangen. Es steht nun fest, daß er in den Lauf des Revolvers vor das Geschoß noch eine Patrone und eine Patronen- hülse gesteckt hatte. Während das Geschoß selbst tief in den Körper einging, bewirkte die Patrone und die Patronenhülse schwere Zerreißungen. Infolge der zweiten Operation und des damit zusammenhängenden Blutverlustes ist der Patient sehr geschwächt.

München, 8. März. Gegen den Metzger Lindner, der nach der Ermordung Eisners in den Sitzungssaal des bayerischen Landtags eindrang und den blutigen Anschlag auf die Regierung und die Volksvertretung verübte, ist ein Haftbefehl wegen zweier Verbrechen des vollendeten Mordes an dem Zentrumsabgeordneten Osel und Mini- sterialrat Gareis sowie wegen versuchten Mordes an dem Staatsminister Auer erlassen worden.

* Ein bolschewistisches Dokument. Den Kund- schaftern der Baltischen Landeswehr ist an der bolschewistischen Front eine lettische Postkarte in die Hände gefallen, die ein Roter Gardist an eine Bekannte geschrieben hat. Die Karte, die von einer geradezu bestialischen Rohheit zeugt, lautet in der Uebersetzung: Liebes Mädchen! Ich bin mit meiner Rottte schon in Doblen. In Doblen habe ich es ohne dich sehr langweilig, aber das schadet nichts, ich glaube, daß wir bald das letzte von den Landstreicherbanden der Bourgeoisie besetzte Gebiet erobern werden und dann komme ich nach Riga und wir werden reich und friedlich leben. Kann dir etwas Neues berichten. Ich habe zu- sammen mit Freunden deinen früheren Herrn umgebracht. Er hat wohl, daß wir alles nehmen sollten, was wir wollten, nur sollten wir ihm das Leben lassen. Aber ich schoß fünfmal und er war tot. Ich habe alles Geld genommen, meine Freunde nahmen alle Goldsachen. Das kleine Mädchen hat mein Freund mit dem Dolch er- stochen wie ein Ferkel. Meine Absche: 2. schwere Batterie-Kanzlei J. B. Kraftin. Warte auf Antwort. Send mir einen Kuß, dein Trifis. 3. Februar 1919 Doblen. (Lib 3tg.)



Schlachtpferde

kauft zu höchsten Preisen
Hugo Kessler, Pferdemeßger
Wiesbaden Hellmündstr. 22
Tel. 2612.

Lebensstellung

für

Kriegsinvaliden.

Ich suche für meinen landwirtschaftlichen Betrieb einen zuverlässigen, braven Hof- und Futtermeister. Kost, Wohnung u. s. w. kann gestellt werden. Es kommen nur Bewerber in Frage, die eine dauernde Stelle wünschen und einige landwirtschaftliche Kenntnisse besitzen.

Heinrich Kappus Sr.,
Sösten im Taunus.

Bekanntmachung

an alle Bürgermeister des Untertaunuskreises.

1. Appelle der aus dem Heeresdienst Entlassenen.

Sobald ein Appell in einer Gemeinde, die zur Etappen-Kommandantur Langenschwalbach gehört, stattfindet, haben alle aus dem Heeresdienst Entlassenen der betreffenden Gemeinde persönlich zu erscheinen.

Dieserjenigen, welche durch ihre Arbeit außerhalb der Gemeinde am Erscheinen verhindert sind, haben dem Bürgermeister eine schriftliche Erklärung abzugeben, welcher dieselbe der Wahrheit gemäß beglaubigen muß. Dasselbe gilt auch für diejenigen aus dem Heeresdienst Entlassenen, welche zur Zeit des angeordneten Appells krank sind und folgedessen nicht erscheinen können. Jede falsche Angabe wird streng bestraft.

Die Angestellten der Eisenbahn und der Post, welche zur Zeit des angeordneten Appells dienstlich verhindert sind, sind ausgenommen. Sie haben der betreffenden Bürgermeister eine Bescheinigung ihrer vorgesetzten Behörde beizubringen. Diejenigen Beamten, welche nicht im Dienst sind, haben unter Vermeidung von Strafe bei den angeordneten Appellen zu erscheinen.

Jedes Fehlen, welches nicht durch schriftliche Erklärung begründet ist, wird bestraft.

2. Gegenstände, welche von der Besatzung in den Quartieren zurückgelassen werden.

Alle Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke, welche von der Besatzung zurückgelassen werden, müssen der Etappen-Kommandantur schnellstens angemeldet werden, welche die nötigen Befehle gibt.

3. Briefverkehr.

Gesuche und dergleichen, welche an die Etappen-Kommandantur gerichtet sind, müssen sehr leserlich in lateinischen Buchstaben geschrieben werden.

Le Commandant d'Etapes
du cercle de Langenschwalbach.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsräume der Etappeninspektion Idstein, Bahnhofstraße 34, bleiben Sonntags für die Zivilbevölkerung geschlossen.

Le Commandant d'arrondissement d'Etapes:
gez. Mondelli.

Schwerarbeiter.

Die Brotzulage für Schwerarbeiter kann nach heute eingegangener Mitteilung des Landratsamtes wieder gewährt werden. Die Abgabe erfolgt an die Betriebe, welche Schwerarbeiter beschäftigen gegen Vorlage eines Verzeichnisses der Beschäftigten Donnerstag nachmittag von 2-3 Uhr im Lebensmittelamt. (Rathaus.)

Holzüberweisung.

Die gestern im städtischen Walddistrikt Schindlaut stattgehabte Holzversteigerung ist genehmigt und wird das Gehölz am 15. d. Mts., vormitt. 9 Uhr den Steigerern überwiesen.

Alle Rechnungen über Lieferungen für die franz. Besatzung sind in doppelter Ausfertigung einzureichen.

Idstein, den 12. März 1919.

Der Magistrat: Reichfuß.

Holzversteigerung

Freitag, den 14. März d. Js., vormittags 9 1/2 Uhr beginnend, wird im hiesigen Stadtwald in den Distrikten

Stößelchen, Eichelstück, Heidekopf
und Zinsgraben

folgendes Gehölz versteigert:

9 rm buchen Scheitholz
58 " " Knüppelholz
29 " " Reiser
166 " eichen Knüppelholz
206 " " Reiser
176 " Nadelholzknüppel
535 buchen Wellen.

Anfang am Stößelchen am Weg nach dem Badeweiler.

Idstein, den 10. März 1919.

Der Magistrat:
Reichfuß, Bürgermeister.

Tüchtiges Mädchen,

das melken kann, gegen hohen Lohn gesucht.
Frau Phil. Klaus, Niedernhausen.

Einen kräftigen

Jungen

in die Lehre gesucht.

Karl Weierter,
Malers- u. Tischergeschäft.

Baumaterial sofort beschaffbar

Anfragen an:

Ambi Abl. II K.
Charlottenburg 9.

Marmelade

kartentfrei 1,20 Mk.
im ganzen Eimer billiger

Salzgurken
Sauerkraut
Salatsoße
Senf
Worcester-Soße
Speise-gelb
„ braun

Wilh. Kornacher

Colonialw. u. Delikatessen
Idstein (im Taunus)
Bahnhofstrasse.

Steuer- Erklärungen Revisionen Berufungen

Bücher-Revisionen, Aufstellen
von Gewinn- und Verlust-
Berechnungen, Bilanzen.

Ludwig Götz, beedigter
Bücherrevisor,
Niedernhausen i. Ts.
Telefon Nr. 45.

Tüchtige und erfahrene
Langholzfuhrlente,
Gatterfäger
und Kreisfäger

sucht sofort

Wilhelm Mauer-Höchst a. M.

Zimmergeschäft, mech. Schreinerei,
Fensterfabrik und Hobelwerk.

Holzversteigerung.

Samstag, den 22. März, vormittags 10 Uhr
anfangend, kommt im Niederseelbacher Gemein-
wald an Gehölz zur Versteigerung:

Distrikt Scheitfeld

1 eichen Stamm von 1,50 fm
4 birken Stämme } Wagner-
22 „ Stangen I. Kl. } Holz
220 rm gemischtes Holz
14000 Stck gemischte Wellen
146 Last Pflanzendeckreiser.
Das Holz lagert 2 km vom Dorfe.
Niederseelbach, den 12. März 1919.

Der Bürgermeister.

Buchfrau

gesucht.

Gebr. Schmidt.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme bei dem Hinscheiden unseres lieben
Entschlafenen

Karl Scheid

insbesondere Herrn Pfarrer Tedenburg
für die trostreiche Grabrede, Herrn Lehrer
Jakob für den Gesang mit den Schul-
kindern, für die Kranz- und Blumenpen-
den und allen, die dem Verstorbenen das
Geleit zur letzten Ruhestätte gegeben,
sagen wir unseren innigsten Dank.

Walsdorf, den 10. März 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer
lieben Entschlafenen, Herrn Pfarrer
Müller für die Grabrede, sowie Herrn
Lehrer Hofmann für den Gesang mit
den Schulkindern und allen denen, die ihr
das Geleit zur letzten Ruhe gegeben
haben, sagen wir hiermit unseren herz-
lichsten Dank.

Wallradenstein, den 10. März 1919.

Im Namen

der trauernden Hinterbliebenen:

Julius Jacobi.

Bauernhof od. Mühle

mit 40 bis 60 Morgen Acker und Wiesen mögl.
arrondiert, nebst lebendem u. totem Inventar, in
der Nähe von Idstein od. der weiteren Umgebung
gegen bar zu kaufen gesucht. Gest. Angebote m.
Preis unter Nr. 350 an den Verl. d. Idst. Btg.

Eine Wiese

im Gerloß (Idsteiner Gemarkung) zu verkaufen.
Aug. Rücker, Bzenhahn.

Gebrauchten, gutenhaltenden

Kinderwagen

zu verkaufen. Näh. im Verl. der Idst. Btg.

Schweres Zugpferd (Fuchs), ein- u. zweisp.
gefahren, zu verkauf. Bürgermeister Sauerborn,
Königs Hofen.

Ein braver

Junge

kann in die Lehre treten bei
Chr. Dietrich, Bäckermeister.

Ein braver, ehlicher Junge kann das

Schlosserhandwerk

erl. bei Gg. Menke, Schlossermeister, Eppstein.

Carbid, (Mittelforn)

Streichhölzer

Rüchenfeuerzeug

Bohnerwachs

Schuhcreme, schwarz u. gelb

Seifenpulver, mit u. ohne Karten

Bleichsoda

Soda

Wilhelm Kornacher

Colonialw. u. Delikatessen

Idstein (im Taunus)

Bahnhofstraße.

Verkehrs-Karte

der Brückenköpfe
Mainz, Coblenz, Köln

:: mit angrenzenden Gebieten ::

3.30 M.

Vorrätig in der Buchhandlung der

Idsteiner Zeitung.